

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Mitteilungsblatt für die Schulen und Volkshilbungssämter des Landes Brandenburg

Staat Brandenburg

Potsdam, 1946

2. Jg. 15. Jul. 1948 Nr. 23

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4781



Mitteilungsblatt

für die

SCHULEN UND VOLKSBILDUNGSÄMTER DES LANDES BRANDENBURG

Herausgegeben vom Ministerium für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst

2. Jahrgang

Potsdam, den 15. Juli 1948

Nummer 23

Inhalt des amtlichen Teils

Minister Fr. Rücker: Der dritte Pädagogische Kongreß in Leipzig	183	RdErl. 110/48: Pflichtstundenzahl für Schulamtsanwärter	186
Die Zonentagung für Vorschulerziehung am 10. und 11. Juni 1948 in Berlin	184	Bezug RdErl. 31/48: Anfragen über statistisches u. ä. Material	186
RdErl. 107/48: Berufsschulrevisoren — Bezirksreferenten für Russisch	185	Bezug RdErl. 101/48: Lehrer- und Schülerbüchereien + Abgabe von zur Vernichtung bestimmten Büchern zur Erlangung von Neumaterial in Schreibwarenhandlungen	186
RdErl. 108/48: Schulverbände und Gastschulbeiträge	186		
RdErl. 109/48: Zur Förderung der FDJ-Arbeit an den Berufsschulen	186		

9. Pädagogische Beilage

Werner Köhler: Die Erziehung zu einer bewußten Disziplin.

Der dritte Pädagogische Kongreß in Leipzig

Von Minister Fritz Rücker

„Unser Ziel, ein einigtes freies Deutschland. Unser Weg, die einheitliche demokratische Schule“ — so mahnte es in schwarz-rot-goldener Umrahmung von der Bühne des schönen Kongreßsaales in Leipzig. Die ganze Längsseite des Saales umspannte das Spruchband: „Die Durchführung des Zweijahresplanes ist auch eine Aufgabe der neuen Schule.“

Einen Tag vorher war die erste Tagung der volkseigenen Betriebe in Leipzig zu Ende gegangen, die sich zum deutschen Wirtschaftsplan bekannte. Die starken politischen Spannungen in Deutschland und im Weltmaßstab überschatteten den dritten Pädagogischen Kongreß.

Sein Thema war: Der neue Lehrer und seine Bildung. Sein Ziel: Besser lehren, um mehr zu lernen.

„Der Lehrer kann und darf bei den großen politischen Entscheidungen noch weniger beiseite stehen als vor 100 Jahren. Gerade seine Berufung ist es als leidenschaftlicher, wissender, in allem vorbildlicher Streiter für den Frieden, für den Fortschritt, für die demokratische Erneuerung unserer deutschen Heimat und für die Sicherung ihrer nationalen Einheit einzutreten“. Das waren die Widmungsworte des Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, Paul Wandel.

Sein Vortrag „Lehrer und Politik im neuen Deutschland“ gab zunächst ein Bild von der Problematik Deutschlands zwischen der imperialistischen und antiimperialistischen Front. Im Selbsterhaltungskampf aller Deutschen hat das deutsche Volk zur Selbsthilfe gegriffen, weil es nicht Spielball sein will, und den Zweijahresplan als den deutschen Weg zur Rettung Deutschlands entworfen. Zu diesem deutschen Plan müsse jeder Stellung nehmen. Die Grundlage zur Erfüllung des Plans ist die Beziehung des Menschen zur Arbeit. Das ganze öffentliche Leben der nächsten zwei Jahre wird im Zeichen des Zweijahresplanes stehen.

Welche Aufgabe fällt uns, den Erziehern und der Schule dabei zu? Wir werden mit Hilfe aller Erziehungseinrichtungen, von der Schule bis zur Erwachsenenbildung, den Sinn des Planes erklären und alle konkret mit ihm vertraut machen. Wir müssen uns die Frage vorlegen: Wie können wir dazu beitragen, um den neuen Menschen zu schaffen, der ein neues Arbeitsethos in sich verkörpert und die Arbeit zu einer Sache der Ehre macht?

Alle schulischen Einrichtungen, vor allem die Berufs-, Fach- und Hochschulen sind vom Standpunkt des Planes aus zu überprüfen, ihre Lehrpläne, ihre Aufgabenstellung, denn in diesen zwei Jahren wird ein völlig neues Deutschland geformt werden. Alle unsere schulischen Einrichtungen sind in den Dienst der Erfüllung des Planes durch praktische Teilnahme am Produktionsprozeß zu stellen. Vom Kleinkind bis zum Gelehrten kann keiner dieser Problematik ausweichen.

Werden wir damit nicht aufhören, Schule zu sein? Gewiß nicht, es ist die Aufgabe der Schule, zu lehren und zu lernen. Aber durch unsere Schulstufen wird der heiße Atem der großen nationalen Aufgabe der Erringung eines besseren Lebens wehen. Wir werden besser lehren und besser lernen, weil wir wissen, daß Bauern und Arbeiter ihre Produktion steigern für uns alle, für ganz Deutschland!

Im Prozeß unserer Arbeit muß eine neue Intelligenz aus den breitesten Schichten des werktätigen Volkes entstehen, die tief mit dem Volke verbunden ist, welche dann eine immer weiter umschgreifende Verbesserung unserer materiellen Lage bedeutet und rückwirkend Schule wie kulturelle Einrichtungen materiell und bildungsmäßig hebt.

Der deutsche Lehrer, anerkannt von allen, soll einer der bedeutungsvollsten Faktoren des neuen Lebens sein. Präsident Wandel schloß mit den Worten: „Für die sowjetische Besatzungszone und damit für ganz Deutschland ist die Möglichkeit gegeben, aus eigener Kraft und mit einer festbegründeten Hoffnung auf eine bessere Zukunft einen neuen Weg, einen antiimperialistischen Weg zu gehen. Er wird größte Kraftanstrengungen voraussetzen und einen erbitterten Kampf gegen die Kräfte von gestern kosten. Aus diesem Grunde erfordert seine Verwirklichung auch politische Einsicht und Weitsicht. Sie selbst zu erwerben und unserer Jugend und dem ganzen Volke zu vermitteln, das ist die erste Aufgabe des neuen Lehrers und der neuen deutschen Schule.“

Die entscheidende Schule der Erziehung unseres Volkes zu einem neuen Nationalbewußtsein der Deutschen wird die ehrliche Arbeit auf dem Lande und in den Betrieben, in den Instituten und Verwaltungen sein. Das sind die Stätten, in denen in den nächsten Jahren im Kampf um das tägliche Brot und um die geistige und

materielle Neugestaltung Deutschlands der deutsche Mensch geformt wird. Von dieser größten Schule unseres Volkes müssen wir deutsche Erzieher Anregungen für unsere Schularbeit empfangen.

Der große Rechenschaftsbericht Max Kreuzigers gab einen Überblick über die geleistete Arbeit und umriß die neuen Aufgaben der Schule. Er hob hervor, daß nach den beiden Phasen des Wiederaufbaues des Schulbetriebes und der Umorganisation der Schule jetzt vor uns als Hauptaufgabe der innere Aufbau der Schulreform steht. Als Ergebnis der Arbeit des vergangenen Schuljahres stellte der Redner eine fortschreitende Demokratisierung der Verwaltung, eine wachsende Zusammenarbeit innerhalb des Schulwesens, das steigende Interesse der Öffentlichkeit am Aufbau der Schule und beachtliche Anfänge für die Beteiligung der Schüler an der Gestaltung des Schullebens fest. Die Neulehrerausbildung ist verbessert worden, einklassige in mehrklassige Schulen verwandelt und der Ausbau der Unterstufen vorwärts getrieben worden; besonders ist das Berufsschulwesen gefördert worden. In der Oberschule ist ein Strukturwandel dadurch eingetreten, daß ihr heute schon über 30% Arbeiter- und Bauernkinder angehören. Die wesentlichen Forderungen der Kommissionen des zweiten Pädagogischen Kongresses sind erfüllt worden. Die Landeskongresse haben das Bild eines sich ständig entwickelnden pädagogischen Lebens geboten.

Max Kreuziger behandelte nun eingehend fünf Hauptprobleme: Die Fortführung der Hebung des Leistungsstandes, den Ausbau der Berufsschule, vor allem im industriellen und landwirtschaftlichen Sektor, Lehrerfragen, die Demokratisierung des Schulwesens und die Vorbereitung des neuen Schuljahres.

Er rief zum Schluß alle Lehrer auf, im kommenden Jahre eine noch bessere Arbeit zu leisten. „Wir sind ehrgeizig um unserer Kinder willen. Wir geben den Kampf um ein geeintes demokratisches Deutschland nicht auf. Und in diesem Deutschland muß das Beispiel der Schulreform in der sowjetisch besetzten Zone so mitreißend wirken, daß es zum Muster für eine gesamtdeutsche Schulreform wird. Von allem Anfang an haben wir den Blick auf Deutschland gerichtet. Am Ende unseres Weges steht die neue demokratische Schule in der geeinten deutschen Republik!“

Der Dekan der Pädagogischen Fakultät der Universität Berlin, Prof. Dr. Heise, sprach über „Grundfragen der Lehrerbildung“. Er entwickelte, ausgehend von dem eigentlichen Sinn des Lehrerseins sowie der Bildung des Lehrers, den Plan der Pädagogischen Fakultäten und stellte zum Schluß einen Entwurf für die Gestaltung eines Lehrerbildungsgesetzes zur Diskussion.

Schulrat Sachse, Dresden, behandelte die Frage „Der Neulehrer im demokratischen Schulaufbau“. 70% aller Lehrer der Zone sind Neulehrer. Ohne sie hätten wir niemals die Schulreform bis zum heutigen Stande durchsetzen können. Dafür wurde den Neulehrern stürmisch Dank gesagt. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß der Fundus der Schulreform die guten alten Lehrer gewesen sind. Ohne die Erfahrungen des alten Lehrers, ohne seine unermüdete bis zur Erschöpfung gehende Hilfe als Mentor der Jungen, wäre das Werk des Neuaufbaues der Schule nicht gelungen. Wir wollen in Zukunft nicht mehr von Neulehrern und Altlehrern sprechen. Wir sprechen vom neuen Lehrer. Der neue Lehrer ist nicht nur der, der 1945 zu uns kam, auch jene sind neue Lehrer, die seit 30 bis 40 Jahren für eine Demokratisierung der Schule kämpfen. Wir wollen, daß alle Lehrer neue Lehrer werden, die mit dem Volke gehen und unser neues soziales System mittragen, die durch die Verbesserung ihrer unterrichtlichen und Erziehungsarbeit teilnehmen am großen Aufbauwerk unserer Zone.

Kurze Berichte wurden am vierten Tage erstattet über die Forschungsergebnisse der pädagogischen Fakultäten, über die Berufsschularbeit und über Probleme der vorschulischen Erziehung.

Die arbeitsreichen Tage mit ihrer Fülle von Anregungen fanden ihren Abschluß mit der Annahme der Leitsätze zur Lehrerbildung, welche die Grundlage bilden sollen für ein Lehrerausbildungsgesetz und der Leitsätze für die Neulehrerbildung, in denen klar die Verpflichtung ausgesprochen wird, daß „die Weiterbildung der jetzt amtierenden noch nicht voll ausgebildeten Lehrer im

Endergebnis den Zielen des Lehrerausbildungsgesetzes entspricht.“

Die Resolution des dritten Pädagogischen Kongresses unterstreicht, daß der Zweijahresplan zum Aufbau der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone aus eigenen Kräften dem Streben des deutschen Volkes nach friedlicher Zusammenarbeit mit anderen Völkern Sinn und Richtung gibt und daß die Teilnahme an seiner Durchführung vordringliche Aufgabe auch der neuen Schule ist. Ihre Lehrer und Erzieher müssen daher helfen, daß unser Volk in ein neues Verhältnis zur Arbeit tritt, die nicht mehr Quelle der Bereicherung einiger weniger Kapitalisten und Junker, sondern des Wohlstandes des ganzen Volkes ist. Die Resolution Gipfelt in der Entschlossenheit, die Schulreform zu Ende zu führen, weil wir wissen, daß wir damit nicht nur der Bevölkerung unserer Zone dienen, sondern dem trotz aller Widerstände kommenden einigen Deutschland. Der dritte Pädagogische Kongreß ruft alle auf, dafür zu sorgen, daß unsere Jugend eine glückliche Zukunft in einer ungeheilten, freien, demokratischen deutschen Republik erleben darf.

Glanzvoll war der Rahmen des Kongresses. Die Auf-führung der Oper Glucks „Orpheus und Eurydike“ in der Inszenierung von Mary Wigmann, das Konzert des Gewandhausorchesters wie die Schulchöre, Volkstanzgruppen und die Ausschnitte aus der Körpererziehung der Leipziger Schuljugend. Außerordentliches Material zeigte die Lehrmittelausstellung.

Aber das eindrucksvollste Erlebnis war das Auftreten der ausländischen Delegationen der Schweiz, Dänemarks, Schwedens, Osterreichs, der Tschechoslowakei, Ungarns, und vor allem die Vorträge der sechs Vertreter der Sowjetunion. Zum ersten Male nach dem Kriege nahmen Vertreter von acht Staaten am Kongreß teil. Sie waren nicht nur Gäste, sie orientierten sich über den Prozeß der Demokratisierung der sowjetischen Besatzungszone. Sie wollten helfen und offen ihre Erfahrungen austauschen. Die russische Delegation stand unter der Führung des Prof. Dr. Kairow, des Präsidenten der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR in Moskau. Ihr gehörten führende Gelehrte und Pädagogen an. Professor Jessipow sprach über „Grundlagen des sowjetischen Unterrichts“, Prof. Golubow über „Lehrerfortbildung in der UdSSR“, Prof. Smirnow, Akademienmitglied und Direktor des Psychologischen Instituts in Moskau, über „Die Entwicklung der wissenschaftlichen Psychologie in der Sowjetunion“, Frau Issaewa über „Die erzieherische Arbeit in der sowjetischen Schule“. Unvergesslich werden allen Teilnehmern des Kongresses die Worte Prof. Kairows über Sowjet-Pädagogik bleiben. Er führte Worte Stalins an: „Große Energie wird nur für große Ziele geboren.“

Wir deutschen Lehrer der Ostzone haben dies große Ziel für uns und für Deutschland. Machen wir voller Energie die demokratische Erziehung zur Sache des ganzen Volkes. Sorgen wir dafür, daß die Erziehung den echten Forderungen des Volkes und der Werktätigen dient!

Die Zonentagung für Vorschulerziehung am 10. und 11. Juni 1948 in Berlin

Im Klubhaus der Kulturschaffenden in Berlin fand am 10. und 11. Juni 1948 die erste Tagung für Vorschulerziehung in der sowjetischen Besatzungszone statt. Sie war von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung einberufen worden. Etwa 150 Delegierte waren aus der Zone erschienen.

Der Kongreß wurde von Herrn Max Kreuziger, dem stellvertretenden Leiter der Schulabteilung der D. V. f. V. eröffnet und geleitet und brachte Referate, in denen die wesentlichen Grundfragen der Vorschulerziehung behandelt wurden.

Der erste Vortrag wurde von Frau Dr. Torhorst, Ministerin für Volksbildung in Thüringen, gehalten. Unter Hinweis auf das Motto der Tagung: „Neues Deutschland, neue Menschen, im Kindergarten beginnt die Formung“, warf sie die Frage auf, ob Pädagogen und Eltern bereits

die neuen Menschen seien, um die neuen Menschen formen zu können, die Deutschland gebraucht. Wenn diese Frage nicht positiv beantwortet werden kann, nützen alle Erkenntnisse moderner wissenschaftlicher Pädagogik nichts. — Das sich in Deutschland regende neue Leben sei erkennbar in Ansätzen der Aufhebung der eingetretenen Entfremdung zwischen Mensch und Arbeit, Mensch und Staat und Mensch und kulturellem Leben. In der Ostzone erleben wir eine allmählich sich beginnende Befreiung der Arbeit, einen Vorgang, der auf das ganze menschliche Leben seine Rückwirkung ausübt. Der Mensch, der zum Sklaven zum Objekt, zum Untertan der Arbeit geworden war, wird dadurch, daß er aktiv am Arbeitsprozeß beteiligt wird, durch das Mitbestimmungsrecht, durch die Einflußgewinnung auf den Arbeitsvorgang, durch die Mitverantwortung für Arbeitsleistung und Erfolg ein neuer Menschentyp. Er beginnt sich am ehesten in den volkseigenen Betrieben zu entwickeln. Ein neues Arbeitsethos bricht sich Bahn. Die Menschen werden glücklicher und zufriedener werden, wenn sie ein neues Verhältnis zur Arbeit finden. Damit müsse bereits in der frühesten Erziehung begonnen werden. Schon das Tun des Kleinkindes ist Arbeit, spielende Arbeit. Hier gibt es viele Ansatzpunkte für den Erzieher, ein Arbeitsethos zu entwickeln und das Kind Arbeit als ein Element der Würde des Menschen erleben zu lassen. Lebensfreude, Aktivität und schöpferische Tätigkeit lassen sich bereits im Kind auf diese Weise wecken, fördern und in das spätere Leben überleiten.

Frau Jacobs, Referentin für Sozialerziehung der D. V. f. V., behandelte in ihrem Vortrag die „Grundsätze für Vorschulerziehung“. Sie wies darauf hin, daß das Erziehungsziel der Kindergärten vom Erziehungsziel der deutschen Einheitsschule bestimmt wird. Der Kindergarten erfüllt wie diese eine gesellschaftliche Funktion, die sie im einzelnen aufzeigte. In ihren weiteren Ausführungen entwickelte sie die verschiedenen Erziehungsaufgaben des Kindergartens, die darauf ausgerichtet sind, eine allseitige Ausbildung aller kindlichen Kräfte herbeizuführen mit dem Ziel der Schulreife, ohne jedoch irgendwelche schulischen Aufgaben dabei vorwegzunehmen. Außerdem ist der Gemeinschaftssinn im Kind zu pflegen, damit es gemeinschaftsfähig wird, um die innere Bereitschaft zur späteren Einordnung in die Schulgemeinschaft mitzubringen.

Frau Dr. Meister-Trescher, Leiterin der Henriette-Goldschmidt-Schule in Leipzig, sprach über das Thema „Unsere Methodik im Kindergarten“. Sie untersuchte, ob der Begriff der Methode im schulischen Sinne, worunter ein planmäßiges Verfahren zur Aufbereitung von Erkenntnisstoff zu verstehen ist, auch für die Arbeitsweise im Kindergarten angewandt werden kann und dürfe. Als Ausgangspunkt für ihre Ausführungen gab sie eine Gegenüberstellung von Fröbel und Montessori, um aufzuzeigen, zu welchen verschiedenen Arbeitsweisen ihre Schau und Deutung kindlichen Wesens geführt haben. Montessori als die von den exakten Naturwissenschaften herkommende Ärztin differenziert das Kind kräftemäßig sehr früh und stellt in den Mittelpunkt ihrer Förderungsbestrebungen die Pflege der Sinnesorgane, wozu sie bestimmtes Arbeits- und Übungsmaterial geschaffen hat, während Fröbel das Kind als ganzheitliches Wesen erfaßt, und dessen Welt als etwas Eigenartiges und Eigenwertiges erkennt. Nur über das gefühlsbetonte Erlebnis kann sich das Kind die Umwelt, die Wirklichkeit zu eigen machen. Sie wird zur Erlebniswirklichkeit. Ausdruck dieses Umformungsprozesses ist das Spiel. Fröbel kommt daher zur Spielpflege als der für die Erziehung des Kleinkindes anzuwendenden Arbeitsweise. Durch und über das Spiel ist die Entwicklung der kindlichen Kräfte all-

seitig zu fördern. Eine Reihe von Forderungen ergeben sich dabei an das Spielmaterial und an den Erzieher. — Eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern ist außerdem zu pflegen, um sie zu mitverantwortlichen Pädagogen heranzuziehen und sie für die Gedanken echter demokratischer Gesinnung zu gewinnen. So ergibt sich auch für den Kindergarten die Notwendigkeit, für das Kind die Welt nicht nur dinghaft, sondern auch schon politisch aufzubereiten, damit es erkennt und versteht. — Der Weg dazu geht auch hierbei über die Spielpflege. Die der Vorschulerziehung heute gestellten Aufgaben können weder von einer erprobten Schulmethode noch von einer Synthese Fröbel/Montessori gelöst werden. Der zu beschreitende Weg muß noch gesucht werden und kann nur von Wissenschaftlern und Praktikern gemeinsam erarbeitet werden.

Frau Hardt, Referentin für Sozialerziehung im Land Mecklenburg, sprach über „Die Erzieherpersönlichkeit im demokratischen Kindergarten“, indem sie aufzeigte, welchen Wandlungen im Lauf der Geschichte die Erzieherpersönlichkeit unterworfen war. Als pädagogischen Menschen schlechthin schilderte sie Pestalozzis Gertrud in „Lienhard und Gertrud“, die allein durch ihr Vorbild und ihre Persönlichkeit ihre Familie, ein ganzes Dorf erzog. Im weiteren Verlauf ihres Vortrages wies Frau Hardt darauf hin, daß seit dem Umbruch mit dem Ausbildungsprivileg bestimmter bürgerlicher Kreise für den Erzieherberuf gebrochen worden und der Arbeiterochter nun der Weg zu den pädagogischen Berufen geebnet ist. In der sozialen Zusammensetzung hat es daher eine große Umgruppierung gegeben. Die veränderten Verhältnisse und die Nöte der Gegenwart erfordern jedoch neue Wege im Ausbildungsverfahren, vor allem hinsichtlich der Methodik und in der Wahl des Ausbildungsstoffes. Aber auch in den Beziehungen zwischen Schüler und Erzieher müssen Wandlungen eintreten. Die Bindungen müssen enger werden. Neue Jugend kann aber auch nur dann erzogen und für neue Aufgaben und eine neue Zeit herangebildet werden, wenn der Erzieher selbst positiv zu ihr und in ihr steht.

Die an alle Vorträge sich anschließenden Diskussionen zeigten eine beachtliche geistige Höhe. Das besondere Interesse wurde den angeschnittenen Ausbildungsfragen zugewandt, aber auch über die Frage der obligatorischen und der konfessionellen Kindergärten wurde lebhaft debattiert.

Am Schluß der Arbeitstagung wurde eine Resolution einstimmig angenommen des Inhalts, daß angesichts der Wichtigkeit der Aufgabe, die der Kindergarten innerhalb des Erziehungsprogramms der Einheitsschule erfüllt, möglichst viele Kinder in ihm erfaßt werden müßten. Die Öffentlichkeit ist daher aufzurufen, überall an der Neuerrichtung und Ausgestaltung von Kindergärten tatkräftig mitzuwirken.

Im Zusammenhang mit dem Kongreß fand eine Ausstellung statt, deren Schau von Kindergärtnerinnen aus sogenannten „wertlosen“ Materialabfällen selbstgebasteltes Kinderspielzeug zeigte.

Zur Bearbeitung der grundlegenden Fragen der Vorschulerziehung wurden sechs Kommissionen gegründet.

Jeder, der dieser Tagung beigewohnt hat, ist dankbar für die Fülle der Anregung, die sie gebracht hat. Sie hat so manchem Praktiker, der in der täglichen Arbeit steht, bestätigt, daß er sich auf dem richtigen Wege befindet, gleichzeitig ihn aber erkennen lassen, wie fern er noch dem Ziele ist, und daß es heißt, mutvoll und zuversichtlich trotz aller Nöte und Widerstände weiterzuarbeiten, um Deutschland die neuen Menschen heranzubilden, die es braucht, um sich eine glückliche und friedvolle Zukunft aufzubauen.

Wo.

Runderlasse und Mitteilungen

Berufsschulrevisoren, Bezirksreferenten für Russisch

Runderlaß Nr. 107/48

1. Juli 1948/4900

Die Berufsschulrevisoren sowie die Bezirksreferenten für Russisch benutzen in ihrem Schriftwechsel den Stempel „Berufsschulrevisoren bei der Landesregierung“

bzw. „Bezirksreferenten für Russisch bei der Landesregierung“. Dieser Stempel darf ab sofort nicht mehr verwendet werden. Als Briefkopf ist in Zukunft nur der Stempel „Berufsschulrevisor“ bzw. „Bezirksreferent für Russisch, Amtssitz . . .“ zulässig, da diese Referenten dienstlich in jeder Beziehung dem Schulrat unterstellt sind.

Schulverbände und Gastschulbeiträge

Runderlaß Nr. 108/48

9. Juli 1948/4852/17

I.

Zwecks Sammlung von Unterlagen für den Entwurf eines Schullastengesetzes werden die Leiter sämtlicher Schulen aufgefordert, im Benehmen mit den Räten der Gemeinden bis zum 15. August 1948 an ihre Kreisschulräte unter Bezugnahme auf diesen Runderlaß zu berichten:

1. Wieviel Kinder aus anderen (welchen) Gemeinden besuchen die Schule?
2. Sind diese Kinder durch den Schulrat zum gastweisen Besuch der Schule zugewiesen?
3. Verursacht der gastweise Besuch dieser Kinder eine Erhöhung der sächlichen Kosten der Schulverwaltung und gegebenenfalls inwiefern? (Stichwortartige kurze Begründung.)
4. Zahlen die Heimatgemeinden dieser Kinder Gastschulbeiträge und in welcher Höhe?

II.

Die Leiter von Zentralschulen werden aufgefordert, zugleich zu berichten:

- a) Besteht ein Schulverband für die Zentralschule? Zwischen welchen Gemeinden?
- b) Ist die Satzung des Schulverbandes genehmigt? Wann und von wem? Hierzu ist eine Abschrift der Satzung einzureichen.

III.

Fehlanzeigen zu I und II sind erforderlich.

IV.

Die Kreisschulräte werden gebeten, die Meldungen der Schulen alphabetisch geordnet und laufend nummeriert bis zum 1. September 1948 an das Dezernat Statistik des Ministeriums einzusenden. Eine Übersicht über die Schulverbände ist nach folgendem Muster beizulegen:

Schulverbände Schulaufsichtskreis . . .

1. Laufende Nummer.
2. Sitz des Schulverbandes (Schulort).
3. Namen der angeschlossenen Gemeinden.
4. Gesamtzahl der Gastshulkinder des Verbandes.
5. Höhe des Gastschulbeitrages für das einzelne Kind.
6. Bemerkungen.

Zur Förderung der FDJ-Arbeit an den Berufsschulen

Runderlaß Nr. 109/48

10. Juli 1948/4142

Der Aufbau unseres Berufsschulwesens im Lande Brandenburg war bisher in starkem Maße auf die Erfassung der berufsschulpflichtigen Jugend und den Ausbau der Unterrichtsstunden gerichtet. Dem Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule ist damit aber noch nicht Genüge getan. Ein besonders wichtiges Aufgabengebiet der Berufsschule befindet sich noch im Anfangsstadium, nämlich die außerschulische Betreuung. Jeder Schulleiter ist also nicht nur für die fachliche und allgemeinbildende Arbeit seiner Schule verantwortlich, sondern auch für die kulturelle Erziehungsarbeit in den Feierabendstunden. Der Schulleiter hat die Initiative zu ergreifen und geeignete Lehrkräfte mit der Förderung der FDJ-Arbeit an seiner Schule zu betrauen.

Die Leistungssteigerung in der gesamten Erziehungsarbeit ist eng verbunden mit einer aufbauwilligen Kulturarbeit innerhalb eines FDJ-Aktivs der Berufsschule.

Je nach den örtlichen Verhältnissen kann diese FDJ-Arbeit entwickelt werden durch folgende Maßnahmen:

1. Kurze Vorträge von 30 Minuten Dauer mit anschl. Diskussion, z. B. die Einheit Deutschlands, das neue Jugendrecht, unser Wahlalter usw.
2. Gemeinsamer Besuch von Kinovorstellungen mit einer Diskussionsstunde, in der zu dem Film kritisch Stellung genommen wird.
3. Gemeinsamer Theaterbesuch zu verbilligten Preisen.

Das „Mittellungsblatt für die Schulen und Volksbildungsämter des Landes Brandenburg“ erscheint zweimal im Monat. Einzelpreis 0,35 RM, Bezug durch die Post, Abonnement vierteljährlich 2,50 RM einschl. Zustellgebühren. Einzelpreis der Ausgaben des Pädagogischen Kabinetts (nur durch den Verlag erhältlich) 0,75 RM. Eingesandte Manuskripte werden u. U. auch zu anderweitiger Verwendung einbehalten.

4. Kleinere Musik- oder Gesangszirkel.
5. Veranstaltung von kulturellen Kurzfeiern mit anschließendem Tanz, von 20 bis 23 Uhr.
6. Einrichtung von Schachgruppen, deren Gruppenmeister in Kreisturnieren und Landesturnieren zusammenkommen.
7. Wandergruppen, evtl. mit Fahrrädern.
8. Schwimmgruppen, soweit geeignete Schwimmeister zur Verfügung stehen.

Die Berufsschuldirektoren werden gebeten, zum 1. Oktober 1948 über die Entwicklung des FDJ-Aktivs an ihrer Schule dem Referat Berufs- und Fachschulen, Geschäftszeichen 4142, zu berichten.

Pflichtstundenzahl für Schulamtsanwärter

Runderlaß Nr. 110/48

11. Juli 1948/M-4900

Ab 1. September 1948 wird die Zahl der Pflichtstunden für Schulamtsanwärter in gleicher Weise festgesetzt wie für Schulamtsbewerber, d. h. die Pflichtstundenzahl beträgt 30; aber davon sind sechs Stunden unterrichtsfrei und für die Weiterbildung und die Vorbereitung zur Zweiten Lehrprüfung zu verwenden.

Überstunden und nebenberufliche Beschäftigung sind nicht mehr gestattet.

Anfragen über statistisches u. ä. Material

Bezug: Runderlaß Nr. 31/48 v. 11. Februar 1948

MBL Nr. 13, Jg. 2, S. 105

1. Juli 1948/VdM

In Ergänzung des vorstehend genannten Runderlasses wird darauf hingewiesen, daß jede Beantwortung auch einfachster Anfragen von (insbesondere westlichen oder ausländischen) Organisationen, Instituten, Pressestellen u. ä. verboten ist. Derartige Anfragen sind sofort im Original ohne Beantwortung über uns an das Ministerium für Inneres, Abteilung Personal, einzureichen.

Lehrer- und Schülerbüchereien

Bezug: Runderlaß Nr. 101/48

1. Juli 1948/4120

Der Runderlaß 101/48 (MBL Nr. 21, Jg. 2, S. 175) wird zurückgezogen.

Es verbleibt bei der vierteljährlichen Meldung nach Formblatt Nr. 49 (Grundstatistik Sch E 2) mit den im Terminkalender des Dezernats Statistik angegebenen Terminen.

Die in dem Schlußabsatz des Runderlasses angegebenen Büchereien sind nach dem Muster von Sch E 2 gesondert zu melden, und zwar zu den gleichen Terminen.

Abgabe von zur Vernichtung bestimmten Büchern zur Erlangung von Neumaterial in Schreibwarenhandlungen

29. Juni 1948/4220

Es wurde gelegentlich festgestellt, daß sich bei Schreibwarenhandlungen Bücher nazistischen und militarischen Inhalts, die durch die Bevölkerung zum Erwerb von Schreibmaterial abgegeben wurden, befanden. Es wird gebeten, den einschlägigen Firmen, Schreibwarenhandlungen usw. bekanntzugeben, daß derartige Bücher so zu zerstören sind, daß eine weitere Verwendung als Lesestoff unmöglich ist. Sollten dennoch Bücher dieser Art vorgefunden werden, die nicht im oben angegebenen Sinne zerstört sind, so muß angenommen werden, daß ein absichtlicher Verstoß gegen den Befehl Nr. 4 des Kontrollrats vom 13. Mai 1946 vorliegt. Gegen die Schuldigen wird künftig mit aller Schärfe vorgegangen werden.

An die Räte der Kreise und kreisfreien Städte, Ämter für Handel und Gewerbe sowie Volksbildungsämter.

Redaktion: V. A. Scherl, Landesregierung Brandenburg, Ministerium für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst, Potsdam, Saarmünder Straße 23, Haus 12, Zimmer 075. Telefon 4351.

Verlag: Potsdamer Verlagsgesellschaft Potsdam, Lennéstraße 9, Telefon 6288. Konto-Nr. 9162 bei der Landesreditbank Brandenburg. Lizenz-Nr. 120 der SMV

Druck: A. W. Hayn's Erben, Potsdam, von-Guericke-Straße 3.